

Dieses Blatt
erscheint täglich
Abends und ist
durch alle Post-
anstalten des In-
und Auslandes zu
bezichen.

Dresdner Journal,

Preis für
das Vierteljahr
1¹/₄ Thlr.
Insertionsgebüh-
ren für den Raum
einer gespaltenen
Seite 12 Pf.

Herold für sächsische und deutsche Interessen.

Redigirt von **Karl Biedermann.**

Inhalt. Ein Angriff des Bundestages auf die Volkssouveränität (Schluß). — Tagesgeschichte: Dresden: Berathungsgegenstände für den Landtag. Oibernhau: Parlamentswahl. Berlin. Posen. Breslau. Düsseldorf. Hanau. Bern. Basel. Paris. Lombardei. Turin. Rom. Neapel. Madrid. — Kunst und Literatur: Posttheater: „Kunst und Natur.“ — Landwirthschaftliches: Zeitgemäße Fragen des landwirthschaftlichen Provinzialvereins der Mark Brandenburg. — Feuilleton. — Ortskalender. — Angekommene Reisende.

Ein Angriff des Bundestages auf die Volkssouveränität.

(Schluß.)

Welchen Eindruck dieses Aktenstück, indem es aus seiner mysteriösen Verborgenheit in die Oeffentlichkeit hervorgezogen wurde, auf den Ausschuss und auf das Publikum machen mußte, ist leicht zu ermessen. Der Ausschuss, nachdem er durch direkte Anfrage beim Bundestage sich von der Richtigkeit des Aktenstückes überzeugt hatte, beauftragte sofort eine Kommission mit der Berichterstattung darüber. Von außenher, aus Frankfurt, ging gleich am andern Tage eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse ein, welche zur kräftigen Abwehr dieses unzweideutigen Attentats auf die Volkssouveränität dringend aufforderte. Der Ausschuss faßte nach einer langen und äußerst bewegten Debatte, in deren Verlauf das Verfahren des Bundestages von beinahe allen Rednern auf das schärfste gezeißelt, von nur sehr wenigen, und Das mit schwachen Gründen in Schutz genommen ward, auf den Antrag der Kommission folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß das vorliegende Promemoria Grundsätze und Ansichten enthält, die den Beschlüssen des Vorparlamentes widerstreiten und der konstituierenden Nationalversammlung ihren Charakter als solche absprechen;
in Erwägung, daß der Bundestag dasselbe sogar zur „gutfindenden Kenntnignahme“ eingesendet und gegen diese Grundsätze und Ansichten sich auch nicht ein Widerspruch in der Versammlung erhoben hat;
in Erwägung, daß auch die Exekutivgewalt mit diesem Promemoria in eine Verbindung gebracht ist, die es nicht zweifelhaft läßt, daß man sogar einen Theil der Vorschläge des Promemorias durch dieselbe verwirklicht sieht;
in Erwägung, daß aus dem Allen hervorgeht, wie der Bundestag seine Stellung und die Zeitumstände verkennt;
erklärt der Ausschuss zu Protokoll:

Daß er die Rechte der konstituierenden Nationalversammlung auf alleinige Feststellung der künftigen Verfassung Deutschlands gegen jeden Eingriff aufs entschiedenste wahre, im Uebrigen aber die Beurtheilung des Separatprotokolles der öffentlichen Meinung anheimgibt.“

Auf Rüdert's Antrag ward außerdem die Verweisung der Sache an die konstituierende Versammlung beschlossen.

Während der Verhandlung selbst kam ein Zwischenfall von entscheidender Bedeutung vor. Es gelangte nämlich an den Vorsitzenden ein Schreiben von dem großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Heinrich Gagern, worin Derselbe auf das bestimmteste erklärte:

daß der großherzoglich hessische Bundestagsgesandte bei Abfassung und Vorlegung jenes Promemoria durchaus ohne alle und jede Ermächtigung seiner Regierung gehandelt habe;

daß vielmehr die großherzoglich hessische Regierung, wie er hiermit versichere, die Stellung und Machtbefugniß der konstituieren-

den Nationalversammlung als einer wirklich konstituierenden vollständig und ohne Rückhalt anerkenne, und daß eine ausdrückliche und öffentliche Erklärung derselben in diesem Sinne in nächster Zeit erfolgen werde.

Eine gleiche Erklärung gab für seine Person der dem Ausschuss als Mitglied angehörige Präsident der nassauischen Regierung, Hergenhahn, ab. Natürlich erregten diese Erklärungen große Freude sowohl im Ausschuss selbst, als unter der zahlreich versammelten Zuhörerschaft. Um so auffälliger war es, daß ein von dem Unterzeichneten gestellter Antrag keine Unterstützung fand, der dahin ging:

„Der Ausschuss möge den Bundestag veranlassen, die sämtlichen Regierungen zur schleunigen und öffentlichen Abgabe ebenso bestimmter und befriedigender Erklärungen in Betreff ihrer Stellung zur konstituierenden Versammlung aufzufordern, wie eine solche von dem großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten abgegeben, resp. für seine Regierung in Aussicht gestellt worden sei.“

Die Versammlung zog es vor, statt dieses direkten Weges zur Feststellung der Rechte der konstituierenden Versammlung, den Regierungen gegenüber den Weg der bloßen „Verwahrung zu Protokoll“ zu wählen, diese „papierne Verschanzung“, wie sie mit Recht schon vielfach und auch bei dieser Verhandlung bezeichnet ward. Scheute man sich, die Regierungen so direkt herauszufordern? Aber nachdem durch das unselige Bundesprotokoll einmal der Zankapfel der Prinzipienfrage über die Stellung der Nationalversammlung zu den Regierungen in die Mitte zwischen Beide geworfen ist, muß diese Frage zur glatten und klaren Entscheidung kommen; nachdem einmal die Reaktion, der unverbesserliche Gedanke des alten Systems von der „untheilbaren und schlechthin über dem Volkswillen stehenden Fürstensouveränität“ die Machtvollkommenheit der konstituierenden Versammlung in Frage gestellt und herausgefordert hat, durfte diese Herausforderung nicht stillschweigend hingenommen oder mit einem bloßen Proteste zu den Akten gelegt werden, sondern man mußte dem Feinde Auge in Auge gegenüberreten. Zu beklagen ist allerdings, daß auf solche Weise ein Kampf und eine Entscheidung provozirt worden, zu beklagen deshalb, weil dadurch das ohnehin mit genug Schwierigkeiten umgebene Verfassungswerk noch schwieriger gemacht, weil die nothdürftig angebahnte Sicherheit des ruhigen Bestandes und Fortgangs unserer öffentlichen Verhältnisse dadurch auf's neue bis zum tiefsten Grunde erschüttert, das kaum etwas beruhigte Mißtrauen auf's neue in seiner ganzen Stärke erweckt werden muß. Ich finde es begreiflich, wenn die Regierungen, namentlich die größern, nicht besondere Lust haben, sich unbedingt von der konstituierenden Versammlung ihre und ihrer Länder künftige Stellung vorschreiben zu lassen, wenn sie auch ein Wort dabei mitsprechen, wenn sie wenigstens gehört sein wollen. Aber hier gab es, wenn man offen und ehrlich handeln wollte, nur zwei Wege. Entweder mußte man öffentlich und entschieden erklären: man unterwerfe sich jenem Beschlusse des Vorparlamentes nicht, man erkenne die Befugniß einer konstituierenden Versammlung, „einzig und allein die Verfassung Deutschlands zu bestimmen“, nicht an. Und

zwar mußte man Dies thun, sogleich nachdem jener Beschluß gefaßt war. Aber damals hatte man den Muth dazu nicht, damals fühlte man sich mit seinen „Regiminalansichten“ und separatistischen Tendenzen zu schwach, gegenüber der noch frischen allgemeinen Begeisterung für die National Sache, die zu jener Zeit auch das österreichische und preussische Volk ebenso mächtig durchglühten, als die übrigen deutschen Stämme. Jetzt, nachdem dieser erste Begeisterungsbrausch, wie man glaubt, etwas verflogen ist, nachdem in den größern Staaten allerlei partikularistische Stimmungen auch im Volke sich wieder zeigen — jetzt meht man den Zeitpunkt gekommen, wo man die lästige Abhängigkeit vom Volkswillen, dem man sich bisher aus Noth, aber unwillig gefügt, abschütteln, wo man sich wieder in seine selbstherrliche und eigenwillige Stellung, gegenüber der großen National Sache, zurückziehen könne. Jetzt will man hinterrücks das Prinzip der Volkssouveränität anfallen und meuchelmorden, dem man den offenen Kampf zu bieten nicht gewagt; jetzt will man den Charakter der konstituierenden Versammlung verfälschen und Verrath in ihrem eigenen Schooße sehen.

Der andere Weg, den man gehen mußte, wenn man den des offenen Widerspruchs gegen den Beschluß des Vorparlaments nicht betreten wollte, war der: daß man mit vollem Vertrauen sich in die Arme der Nationalversammlung, der freigewählten Vertretung des ganzen deutschen Volkes, werfe, daß man von ihrem guten Sinne, von dem Sieg der gemäßigten und besonnenen Elemente in ihr eine solche Lösung der Verfassungsfrage ruhig erwartete, welche auch den Regierungsberechtigten und den notwendigen Partikularinteressen der einzelnen Staaten Rechnung tragen würde. Ich bin überzeugt: man hätte sich in diesem Vertrauen nicht getäuscht, und es wäre auf diese Weise eine Verfassung zu Stande gekommen, welche alle Regierungen und Einzelstaaten ohne Weigerung hätten annehmen können. Diese natürliche und friedliche Lösung der Sache ist nun aber durch jenen unseligen Zwischenfall unendlich erschwert. Mit Mißtrauen wird die konstituierende Versammlung an ihre Arbeit gehen; mit ängstlicher Eifersucht wird sie ihre Rechte wahren und darüber vielleicht in manchen Punkten weiter gehen, als sie sonst wohl gegangen wäre und als für das Ganze zuträglich ist. Die Gemäßigten in der Versammlung, denen es ebenso sehr Ernst ist mit der Einigkeit wie mit der Freiheit, werden bedenklich sein, zu weit gehenden Ansichten entgegenzutreten, denn sie werden fürchten, daß man sie für Solche ansehe, welche nach dem perfiden Vorschlage des Promemoria von den Regierungen gewonnen sein möchten. Welch ungeheurer Vorschub durch dies Alles der anarchischen Partei geleistet worden, und welche neue gefährliche Erschütterungen der öffentlichen Meinung daraus hervorgehen können, läßt sich gar nicht berechnen.

Ein einziges Mittel giebt es, um diesen traurigen Folgen eines ebenso unklugen, aber unredlichen Schrittes vielleicht noch zu begegnen — es besteht darin, daß die einzelnen Regierungen Das thun, was der Bundestag (leider selbst seine freisinnigsten Mitglieder, wie Jordan, Slossen und Andere nicht ausgenommen) zu thun verdammt hat, daß sie, und zwar ohne Ausnahme und ohne Verzug — öffentlich sich von jeder Theilnahme an den in jenem Promemoria ausgesprochenen Ansichten und Absichten lossagen und das Recht und die Machtvollkommenheit der konstituierenden Versammlung als solcher rückhaltlos und vollständig anerkennen. Möchten sie Dies schleunigst thun um der Einigkeit willen, die zu dem bevorstehenden großen Nationalwerke so unerläßlich ist, um ihres eigenen Wohls und des Wohls ihrer Völker willen! Mögen sie nicht den finstern Geist der Zwietracht und des Mißtrauens wieder heraufbeschwören und den immerfort im Hinterhalt lauenden Feinden der Einheit und Größe unserer Nation willkommenes Waffens in die Hände liefern! Mögen sie nicht vergessen, daß jede Reaktion im jezigen Augenblicke und nothwendig und unausbleiblich zur Revolution zurückführen müßte, und daß diese zweite Revolution sehr wahrscheinlichweise nicht da stillstehen würde, wo die erste stillgestanden. Die Freunde des Umsturzes jubeln über die Verblendung jener Reaktionspartei, aber die Freunde einer friedlichen und geordneten Entwicklung unserer Zustände, die Freunde der wahren Freiheit und der Freiheit Deutschlands trauern tief über ein Beginnen, welches alle ihre Anstrengungen und Hoffnungen mit einem Schlage zu vereiteln droht.

Frankfurt, 13. Mai 1848.

Karl Biebermann.

Tagesgeschichte.

Dresden, 16. Mai. Ist auch die nächste Aufgabe des bevorstehenden Landtags die Berathung des Wahlgesetzes, und war diese früher schon als der beinahe ausschließliche Berathungsgegenstand desselben bezeichnet worden, so wird es doch zufolge der bekannten Vorschrift der Verfassungsurkunde nothwendig werden, auch alle die auf Grund des §. 88 derselben bis jetzt ergangenen königlichen Verordnungen den Ständen behufs der Einholung ihrer Zustimmung vorzulegen. Ein fernerer unabwetzlicher Gegenstand der ständischen Kognition und Beschlussfassung schon auf diesem Landtage würden demnächst die durch die dormaligen Zeitverhältnisse gebotenen finanziellen Maßregeln sein. Hierzu wird endlich noch dem Vernehmen nach ein nicht minder wichtiger, für jetzt aber nur in den Grundzügen vorzuliegender Entwurf kommen. Um nämlich die Errungenschaften der Gegenwart nach einer sehr bedeutenden Seite hin für alle Folgezeit zu sichern und den Ausbau des Staatsorganismus auf fester, gesetzlich normirter Grundlage auch in dieser Beziehung ausführen zu können, wird ein Gesetzentwurf über die Reorganisation der Gerichtsverfassung in der untern Instanz und die Trennung der Verwaltung von der Justiz zur Vorlage und Beschlussfassung über die Prinzipien, die ihm zu Grunde liegen, gebracht werden.

† **Obernau.** Am 14. Mai fand die Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt im 15. Wahlbezirk (Annaberg) statt. Von den 62 Wahlmännern wurde gleich bei der ersten Abstimmung mit absoluter Stimmenmehrheit (41) v. Wagdorf auf Leichnam gewählt; mit ihm konkurrierte in der Wahl Fabrikant Eli Evans in Siebenhöfen. In der sehr spät, bloß eine Stunde vor der Hauptwahl anberaumten Vorberathung, war v. Wagdorf von den Ortschaften des niedern Gebirges, Marienberg, Lengfeld, Jöblich und Obernau als Wahlkandidat in Vorschlag gebracht worden, in der Wahlstadt Annaberg selbst hatte man an v. Wagdorf nicht gedacht, sondern als Wahlkandidaten Advokat Hausstein, Eli Evans und Lehrer M. Göb in Besprechung genommen, indem Stadtrath Dießsch bereits in Schwarzenberg gewählt war. Eli Evans, für dessen Wahl sehr warm gesprochen wurde, konnte doch die überwiegende Mehrheit der Stimmen nicht gewinnen, da die Wahlmänner v. Wagdorf's ebenfalls zwei tüchtige Redner für denselben aufgestellt hatten, wozu noch viel beitrug, daß Advokat Hausstein, nachdem v. Wagdorf als Wahlkandidat in Vorschlag gebracht worden war, freiwillig auf die Wahlkandidatur verzichtete und ebenfalls denselben empfahl, und ferner, daß kurz vor den Vorberathungen die Nachricht eingegangen war, daß v. Wagdorf in dem Wahlbezirk, in welchem er von dem Vaterlandsvereine vorgeschlagen worden, nicht gewählt sei. Zum Stellvertreter wurde Eli Evans gleich bei der ersten Abstimmung mit absoluter Stimmenmehrheit (37) gewählt. Schmerzlich vermiste man, daß zur Feierlichkeit der Wahl von Annaberg gar Nichts veranstaltet worden war, ja die auswärtigen Wahlmänner die von Annaberg erst bei der Vorberathung sahen, und weil kein Lokal bekannt gemacht worden, wo sich die nach und nach eintreffenden Wahlmänner treffen würden, diese selbst sich größtentheils erst bei der Vorberathung kennen lernten; aber um so erfreulicher stellt sich die Einigkeit bei der Wahl heraus. Die Wahlhandlung selbst dauerte nicht länger als eine Stunde, indem von der Wahlkommission vor der Wahl nur einige kurze Worte gesprochen worden, nach Bekanntmachung des Resultats der Stellvertreterwahl aber gar Nichts gesprochen, sondern die Verhandlung ohne Weiteres für beendet erklärt und aufgehoben wurde!!

‡ **Aus Berlin.** Den dramatischen Dichtern Deutschlands ist vom Generalintendanten der königl. Schauspiele zu Berlin, Herrn v. Küstner, verkündet worden, daß folgende sechs Herren fortan über ihre dramatischen Werke zu Gerichte sitzen und Annahme und Nichtannahme für die Berliner Hofbühne entscheiden werden:

1) Herr S. H. Spilker (zweiter Bibliothekar bei der königl. Bibliothek, Besitzer der Haude-Spinner'schen Zeitung), ein Mann, den nie als dramatischer Schriftsteller oder als Kritiker irgend Etwas, von irgend welchem Belange geleistet hat.

2) Herr Sudis, Professor der Holzschneidekunst; ein alter Herr, der sein Lebtag viel ins Theater gegangen ist, über technisches Schauspielwesen einiges Urtheil hat, aber ein dramatisches Original weder zu schaffen, noch zu beurtheilen weiß.

3) Herr Rötcher, früher Professor beim Bromberger Gymnasium, der durch Hegel'sche Schablonen an eigenen Gedanken, bettelarme Theaterkritiken pinselt und sich innigst für Schauspielerinnen interessiert. Was die dramatische Zeugungskraft betrifft, steht er den beiden vorher Genannten völlig gleich.

4) Herr Esperstedt, ein sogenannter Hofrath im Theaterbureau, früher Souffleur; ein alter Herr, der viel Gewandtheit in rein technischen Theaterbureau-Geschäften besitzt.

5) Herr Regisseur Weiß, früher tüchtiger Schauspieler aus der Jffland'schen Schule, jetzt total Invalide.

6) Herr Regisseur Stawinski, früher leidlicher Schauspieler, umsichtiger, praktischer und kenntnißvoller Regisseur, aber leider bereits Halbinvalid.

Diese sechs Männer also, allesamt mehr oder weniger dem Greisenalter nahe, von denen auch nicht Einer jemals ein irgend werthvolles Originalwerk für die Bühne geliefert, oder sich als bedeutender, vorurtheilsfreier, redlicher Kritiker ausgezeichnet hat, — werden nun über das Schicksal und den Werth der dramatischen Dichtungen unserer mit lebenden Autoren, bezüglich der ersten deutschen Theater, entscheiden! — Es ist wahrlich eine Schmach für Berlin, sich von einem Manne, wie Herr v. Kustner, der nie Etwas war, als ein leidlicher Theaterkassenrendant, ein solches Prüfungskomitee, einen solchen Vormund für seine Betheiligung an der dramatischen Kunst aufdrängen zu lassen. Sollte es denn in den acht preussischen Provinzen, sollte es in ganz Deutschland denn wirklich keinen Mann von hinlänglicher Bildung und Geschäftskennntniß geben, der im Stande wäre, diesen Herrn v. K. zu ersetzen, damit er in seiner Heimath ruhig die preussische Pension, die er wohl nicht fahren lassen wird, verzehren kann? Das Theater muß jetzt frei, muß eine echte und wahrhaftige Bildungsschule des Volks werden und darf nicht länger von impotenten Theaterzensenten und ergrauchten Theaterbeamten in Bezug auf die Werke unserer Dichter bevormundet sein. Das deutsche Volk muß sich endlich seiner Dichter, für die es selten mehr thut, als sie lesen, wenigstens insofern annehmen, daß es sie nicht ferner durch solche heimliche und bornirte Wehngerichte verurtheilen läßt. Wir fordern die deutschen Dichter und dramatischen Komponisten auf, jedesmal durch die öffentlichen Organe der Presse bekannt zu machen, an welchem Tage sie ein Werk diesem oder jenem namhaften Theater zur Aufführung eingereicht, und an welchem Tage sie ihr Manuscript mit abschläglichem Bescheid zurück erhalten haben. Wir fordern das Publikum des betreffenden Theaters auf: sodann die Direktion herauszurufen (namentlich an Sonn- und Festtagen, wo der Kern des Volks die Theater zu besuchen pflegt) und von ihr Rechenschaft und Auseinandersetzung der Gründe wegen der Zurückweisung des Werkes in Rede zu verlangen. Es wäre eines freien Volkes unwürdig, wenn wir länger diese geheime dramatische Polizei dulden wollten.

Wir versündigen uns an unsern vaterländischen Dichtern und Komponisten, die, wenn sie nicht Banquiersöhne sind, ohnehin nicht auf Rosen wandeln. Die Kammerherrlichen Intendanten bei den Hoftheatern müssen abgeschafft werden. Die Hoftheater gehören der Nation, auch spielen sie nicht umsonst Komödie; man muß bezahlen, wenn man hineingeht.

§ **Berlin, 15. Mai (Nachmittags 3 Uhr).** Gestern (Sonntag) war die Aufregung wegen der Zurückberufung des Prinzen von Preußen noch größer, umfassender und tiefer. Die Mauern waren mit Plakaten dagegen und dafür (letztere in geringer Zahl und ansonnig) bedeckt. Alle hier bestehenden Klubs, sonst ziemlich abweichend in ihren Tendenzen und Ansichten, wie der politische Klub, der konstitutionelle Klub, der Bürgerwehrklub, die Studirenden, der demokratische Klub, ja selbst ein Potsdamer politischer Klub, sprachen sich alle mehr oder minder scharf und energisch durch gedruckte Manifeste gegen die jetztweilige Rückkehr des Prinzen aus. Bemerkenswerth war ein Plakat, das ein Schreiben des Bürgerwehrkommandanten v. Aschoff an den Ministerpräsidenten Camphausen, und darunter des Letztern Antwort enthielt. Herr v. Aschoff fragt schriftlich bei Herrn Camphausen an, ob es wahr sei, daß der Prinz, bereits zurückgekehrt, in der Nähe Berlins verweile, und bittet um möglichst baldige Antwort, da sich dies Gerücht auch in den Reihen

der Bürgergarde verbreitet und allgemeine Unruhe erregt hätte. Herr Camphausen antwortet, daß der Prinz noch nicht auf dem Kontinente sei, und auch frühestens erst in 14 Tagen (also Ende Mai) und nachdem die preussische Deputirtenkammer zur Berathung der Verfassung bereits ihre Sitzungen begonnen) ankommen werde. — In diesem gedruckten Briefwechsel war unschwer die Absicht zu erkennen, das aufgeregte Berlin wegen der nahe bevorstehenden Rückkehr des Prinzen wieder zu beruhigen. Das Ministerium gab, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt: — klein bei; denn am 10. Mai hatte es die ungesäunte Rückkehr des Prinzen erbeten, am 11. bereits erklärte der König, daß er damit einverstanden, und ein Adjutant schon nach London unterwegs sei, um den Prinzen zurückzurufen. Und nun, nachdem energische Protestationen von allen Seiten, aus allen Klassen andrängten, erklärte das Ministerium plötzlich, wenn auch indirekt und halb-offiziell: der Prinz käme erst nach vierzehn Tagen, wobei zwischen den Zeilen zu lesen: „nachdem die Nationalversammlung bereits in Berlin ihren Sitz eingenommen haben wird.“ Dies war nun wieder ein halber, unaufrichtiger diplomatischer Schritt, der nach dem alten System schmeckte und der neuen Devise des Königs: „Zwischen uns sei Wahrheit!“ entgegenlief. Das Volk nahm von dieser diplomatischen Beruhigungsmaßregel dabei auch keine Notiz, sondern folgte einem ebenfalls öffentlichen Aufreuf: sich Nachmittags 5 Uhr vor den Zelten zu versammeln, um über die Rückkehr des Prinzen von Preußen zu debattiren, mit größtem Eifer. Vielleicht 40,000 Menschen mögen an jener bekannten Stelle des Thiergartens versammelt gewesen sein. Dem Aufreuf insdef, Alle, die das Recht, Waffen zu tragen, hätten, möchten sich ebenfalls recht zahlreich zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung einfinden, war nur in geringem Grade entsprochen worden; es mögen kaum 1000 mit Waffen vorhanden gewesen sein. Eine Adresse des Herrn Held (Redakteur der Lokomotive), worin die Minister ersucht wurden, die Einladung zur Rückkehr des Prinzen zu aufzuhalten, und die Nationalversammlung über diesen wichtigen Punkt beschließen zu lassen, wurde von der ungeheuern Versammlung mit Akklamation angenommen, und sofort zog man in geordneten Kolonnen (ohne Waffen und bewaffnete Begleitung) durch das Brandenburger Thor nach der Wilhelmstraße vor das Palais des Ministerpräsidenten. Held, Eichler und einige andere Volkstribunen begaben sich ins Haus, das Volk postirte sich in gedrängten Massen, die ganze Breite der Straße in einer Länge von den Linden bis zur Leipziger Straße einnehmend, in Ruhe und Ordnung vor und neben demselben. Man fand zwar den Ministerpräsidenten, Herrn Camphausen, welcher zum Könige nach Potsdam gerufen worden war, nicht vor, aber die Minister v. Auerwald und v. Schwerin waren anwesend. Graf v. Schwerin trat auf den Balkon, grüßte, und nachdem Held mit seiner Löwenstimme Ruhe geboten, eröffnete der Minister der Versammlung, wie er bedauere, daß Herr Camphausen, der Präsident, abwesend, weil sonst sogleich ein Ministerrath in Bezug auf die Adresse, von der er und die anwesenden Herrn Minister soeben Kenntniß genommen, abgehalten werden könnte. Nun müsse er schon bitten, bis morgen (heut) 4 Uhr Nachmittags ein Ultimatum abzuwarten. Was der Minister sonst noch sprach, war unverständlich. Nachdem nun Held dem Publikum ungefähr Dasselbe, aber vernehmlicher wiederholt, zerstreuten sich die Massen, von denen nur ein Theil nach dem Zelten zurückkehrte. — Ein peinlicher Zwischenfall, der leicht die traurigsten, unberechenbarsten Folgen hätte nach sich ziehen können, war folgender: neben dem Palais des Ministerpräsidenten befindet sich die Einfahrt für Equipagen, diese ging plötzlich auf und das dicht gedrängte unbewaffnete Volk erblickte dahinter eine starke Abtheilung des fliegenden Korps der Studenten, mit Hieb- und Schusswaffen armirt. Ein Schrei der Wuth durchbrauste die Luft: „Wir sind wieder verrathen!“ schrie das Volk, „man bewaffnet sich gegen uns, die wir ohne Waffen feiendliche Adressen bringen, man traut uns nicht! Nieder mit dem Ministern!“ u. s. w. In diesem peinlichen Moment hätte nur zufällig ein Schuß losgehen dürfen und der gräßliche Bürgerkrieg wäre losgebrochen. Man sagt, die Studenten seien dupirt worden und würden eine fulminante Erklärung erlassen. Ich las nach den Zeitungen Was es heut Abend geben, wie es enden wird? — morgen.

Berlin, 15. Mai. Aus spätern Nachrichten entnehmen wir, daß die versprochene Erklärung der Minister erfolgt ist. Sie enthält

nichts Befriedigendes. Der Hauptpunkt ist, daß der Prinz, der über Belgien reist, um dort noch einige politische Studien zu absolviren, erst in 14 Tagen, also nach der Eröffnung der Versammlung der Nationalvertreter zurückkehren soll und daß das Ministerium den Mangel an Vertrauen bedauert, aber seine Stellung darum jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der Volksvertretung, nicht verlassen könne. Uebrigens sind auch aus Breslau von den dortigen Vereinen Proteste gegen die Zurückberufung des Prinzen eingelaufen. — Es ist offenbar, daß unsere Zustände durch die Maßregeln der Minister einer neuen politischen Krisis entgegengehen, und es ist bloß den Führern in den Volksversammlungen zu danken, wenn die aufgeregten Gemüther bis jetzt in Schranken gehalten und ein neuer Kampf mit den hier stehenden 5000 Mann Truppen und vielleicht mit einem Theile der eigenen Bürgerwehr noch abgewendet wurde.

Posen, 14. Mai. Mieroslawski hatte die Einleitung zu der Kapitulation der polnischen Insurgenten gemacht, und deshalb zur Unterhandlung freies Geleit und Paß vom General Pfuell erhalten; ehe indeß noch die Kapitulation zum Abschluß gebracht werden konnte, legte Mieroslawski sein Kommando nieder, da alle Disziplin unter den Polen aufgehört hatte. Nach ihm hatte Przejanski das Kommando für den Augenblick übernommen und schloß mit dem General v. Wedell die Kapitulation ab, zugleich mit der Erklärung, daß auch er eigentlich nicht mehr kommandire, und wegen der brutalen Unordnung nicht ins Lager zurückzukehren wage, und daß Oberst Dobrecki jetzt den Befehl führe. Während der Unterzeichnung lief auch von Diesem ein Schreiben ein, daß nur ein kleiner Theil der Polen die Bedingungen der Kapitulation annehme, die übrigen sich aber zerstreut hatten. Als der General v. Wedell am 10. zur festgesetzten Zeit zu Platkowo eintraf, fand er nur 35 Mann ohne Waffen vor. Alle Uebrigen hatten sich zerstreut. Somit ist eigentlich die Kapitulation keineswegs zur Ausführung gekommen, doch sind ihre Bedingungen noch bis zum 19. Mai auf Anordnung des Generals Pfuell gültig für alle Die, welche sich in Posen freiwillig stellen. Mieroslawski kann natürlich nicht anders, als der Kapitulation gemäß behandelt werden und wird wahrscheinlich sogleich einen Paß nach Frankreich erhalten, oder bis zu seiner Abreise nebst andern, der Emigration angehörigen Führern auf eine preussische Festung gebracht werden.

Breslau, 16. Mai. Der Oberpräsident Schlesiens, Pinder, soll seine Entlassung eingereicht haben, weil das Ministerium unkonstitutionelle Schritte thue. Auch der konstitutionelle und der Vaterlandsverein sind in Berlin gegen die Zurückberufung des Prinzen eingekommen.

Düsseldorf, 13. Mai. Auch von hier geht eine Bittschrift gegen Rückberufung des Prinzen von Preußen nach Berlin ab.

Hanau, 15. Mai. Durch direkte Wahl wurde hier ein neuer Volkstath gebildet und ihm vom Volke das Mandat gegeben: 1) die Volksversammlungen lebendig zu erhalten, für die Würde und Ordnung in denselben Sorge zu tragen und für politische und moralische Belehrung des Volkes zu wirken; 2) dem Volke Mittel vorzuschlagen, alles Das möglichst schnell zu verwirklichen, was in den kaiserlichen Proklamationen vom 7. und 11. März l. J. versprochen worden; 3) die Mängel in unserm Staate mit regem Eifer zu ermitteln und abhelfende Schritte in Vorschlag zu bringen; 4) die volksthümliche Entwicklung der politischen und sozialen Zustände unsers gemeinsamen deutschen Vaterlandes, namentlich aber deren hauptsächlichste Garantie, Volksbewaffnung in Verschmelzung mit den stehenden Heeren im Sinne der Hanauer Petitionen vom 11. April laufenden Jahres fördern zu helfen und zu dem Ende mit andern zu gleichen Zwecken bestehenden Vereinen in Verbindung zu treten. Zugleich nach Kräften hinzuwirken, daß 5) Willkür und Gewaltthätigkeiten, von welcher Seite sie kommen mögen, verhütet und abgewehrt werden. Endlich soll 6) der Volkstath darauf hinwirken, daß alle aufreizende Individuen unschädlich gemacht, geheime Triebfedern der Aufreizung ermittelt, namentlich auch den seit einiger Zeit sich kundgebenden reaktionären Bestrebungen zur Herbeiführung von Ueberschreitungen der bei uns herrschenden Ordnung und einem daraus leicht sich entwickelnden Zustande der Anarchie entgegen getreten werde.

Bern, 13. Mai. Die Berathung des Verfassungsentwurfs ist beendet und das Einkammersystem angenommen.

Basel, 11. Mai. Gestern Abend kam es zu einigen bedauerlichen Streitigkeiten zwischen württembergischen Unteroffizieren und Baseler Bürgern, wobei die Erstern von ihren Waffen Gebrauch machten und die Letztern verwundeten. Die württembergischen Soldaten bleiben fast immer bis tief in die Nacht bei ihren Besuchen und lassen sich den billigen elsasser Wein zu wohl schmecken, wodurch dann unangenehme Reibungen entstehen. Die eidgenössischen Soldaten müssen um 8 Uhr in ihren Quartieren sein, wodurch am besten solche Vorfälle verhindert werden.

Paris, 11. Mai. Das neue Ministerium ist sehr entsprechend, ganz in demselben Verhältniß der gemäßigten Partei zur ultrarepublikanischen zusammengesetzt, wie die Regierungskommission, doch hegt man für die Fähigkeiten mehrerer Mitglieder des Ministeriums große Zweifel und hält sie nur für Werkzeuge, für Sekretäre der Regierungskommission. Es möchte aber auch unbedingt nöthig sein, daß dieser Fünfer-Ausschuß allein jetzt das Gouvernement führe. — Das große Fest der Republik ist nun auf den 17. Mai festgesetzt. In Betreff der innern Polizei der Nationalversammlung sind folgende Hauptpunkte allgemein angenommen: 1) die Polizei wird allein vom Präsidenten geleitet, 2) kein Fremder darf unter irgend einem Vorwande im Kreise der Mitglieder der Versammlung sitzen, 3) die Personen auf den Tribünen haben sich sitzend, entblößten Hauptes und still zu verhalten, und Jeder, der Zeichen des Beifalles oder Mißfallens giebt, wird sogleich entfernt, 4) jedes die Berathungen störende Individuum wird ohne Verzug vor die kompetente Behörde geführt, 5) der Präsident ist berechtigt, zur Sicherheit der Versammlung die bewaffnete Macht und alle Behörden aufzufordern, deren Mitwirkung er dazu nöthig findet, und zwar kann er unmittelbar an alle Offiziere, Kommandanten oder Beamte selbst seine Befehle geben. Diesem Hauptreglement für die konstituierende Versammlung, welches auch besonders in seinem letzten Punkte für das deutsche Parlament sehr beachtenswerth ist, wurde von Allen, außer von Barbès, beigestimmt. Es wurde ferner mit Zustimmung der Antrag eingebracht und an die Bureaux überwiesen, daß alle Beamte (außer den Ministern), die in der Versammlung saßen, sogleich von ihren Stellen suspendirt und durch andere ersetzt werden sollten, doch könnten sie nach Ablauf der Legislatur wieder in ihre Stellungen berufen werden. — Man glaubt, daß das Gouvernement die Einigung der Lombarden mit Piemont so ohne weiteres nicht dulden werde, und jedenfalls eine freie Bestimmung der Lombarden über ihre politische Zukunft verlangen wird.

— 11. Mai. Aus Mailand berichtet man, daß England dem König Albert die Eröffnung habe zukommen lassen, es werde nicht dulden, daß er die Etsch überschreite, auch daß England als Friedensvermittler Oesterreich einen Theil der italienischen Länder zu erhalten wünsche. Hier walten für den Augenblick die Kriegsgerüchte hinsichtlich Italiens vor. — In der Nationalversammlung wurde beschloffen, daß die Verfassungskommission aus 18 Mitgliedern zusammengesetzt und von der Kammer in direkter Wahl ernannt werden solle.

Lombardei, 11. Mai. Laut amtlichem Bulletin (v. 10. Mai) war das Korps des Generals Nugent bis Felten vorgeedrungen. General Furendo, der ihm entgegengeht, war in Bederobba. Es geht das Gerücht, daß Peschiera die weiße Fahne aufgesteckt hat.

Turin, 10. Mai. Am 8. Mai ward das Nationalparlament eröffnet. Der Stellvertreter des Königs, Prinz Eugen von Savoyen, wies in der Thronrede auf die gewünschte Verschmelzung mit andern Theilen der Halbinsel, wodurch, wenn diese Hoffnung in Erfüllung gehe, Sardinien jenen Grad von Macht erreichen werde, zu dem es, zum Heil Italiens, die Vorsehung führen wolle. Das ist eine deutliche Offenbarung, Quelle der Begeisterung, aus welcher Karl Albert seine Theilnahme für die Freiheit der Lombardei schöpft.

Rom, 6. Mai. Das neue Ministerium besteht aus folgenden Personen: Graf Mamiani Minister des Innern und Präsident des Ministerraths. Zum weltlichen Minister der äußern Angelegenheiten ist Graf Marchetti ernannt. Minister der Justiz Advokat de Rossi. Advokat Lunati ist Minister der Finanzen. Duca di Mignano (Massimo) hat die Staatsbauten und den Handel. Fürst Doria Kriegsminister. Kardinal Ciachi (bisheriger Legat in Ferrara) ist Minister des Kultus; seine Stelle wird interimistisch vom Kardinal Orioli versehen. Professor Orioli (der früher während seiner Ver-

bar
öff
zei
auf
ge
sel
se
lich
au
ern
ein
ge

feh
ma
fei
Ka
W
fin
au
ni
fer
vir
ra
di
S
W
au
in
H
re

ja
be
ka
di
ju
fo
u
sch
in

E

p
fi
w
fi
d
n
Q
A

o
A
n
h
f
A

o
A
n
h
f
A

u
E

bannung als Professor in Korfu angestellt war) ist zum Minister des öffentlichen Unterrichts bestimmt. Galetti endlich, der bisherige Polizeiminister, hat diesen Posten wieder angenommen. Alles scheint sich auf friedliche Weise zu lösen. Der Papst genießt nach wie vor, ungeachtet seiner Weigerung, als Kirchenfürst den Krieg zu erklären, dieselbe Liebe seines Volkes. Die Schwierigkeiten scheinen sich durch sein Uebertragen jenes Rechts (und damit eigentlich der ganzen weltlichen Herrschaft) an das Ministerium gelöst zu haben. Dieses hat ein außerordentliches Programm erlassen, was das allgemeinste Vertrauen erwecken muß. Außerdem ist die sofortige Bildung und Mobilisierung einer neuen Kriegesreserve gegen Oesterreich von 6000 Mann angeordnet.

Neapel, 30. April. Der Zustand bei uns ist noch fortwährend sehr trübe. Mißtrauen und Befürchtungen aller Art herrschen und manche Theile der Staatsverwaltung sind gelähmt und die Wirksamkeit des sehr liberalen Ministeriums gehindert. Die Eröffnung der Kammer hat zum 15. Mai verschoben werden müssen, da bei den Wahlen bisher zu wenig absolute Mehrheiten zu Stande gekommen sind. Die bis jetzt geschehenen Wahlen sind liberal und hauptsächlich auf Advokaten gefallen. Der Krebsbuben des Landes, der so bald nicht wegzuschaffen ist, sind die unfähigen, die schlechten und verworfenen Beamten. Fast alle Tage finden in der Stadt, wie in den Provinzen Demonstrationen gegen einen dieser Herren aus der alten demokratisirten Falanz der Beamten statt. Vor einigen Tagen machten auch die Druckergehülfen eine Demonstration, um höhern Lohn zu erhalten. Sie richteten aber Nichts aus, obgleich es zu einigen Schüssen und Verwundungen dabei kam. Ein Zwangsanlehen von 4 Mill. Dukati auf alle Besitzenden, Erwerbenden und die geistlichen Körperschaften in milder Proporzion, ist ausgeschrieben. Ueber die Gesinnung und Handlungsweise des Königs sind die ungünstigsten Gerüchte fortwährend im Schwunge.

Madrid, 7. Mai. Die beabsichtigte Ausweisung einer Anzahl freisinniger Personen erregte eine außerordentliche Bewegung und besondere Maßregeln der Regierung, dieselbe zu unterdrücken. Es kam zum Kampfe mit den Truppen, welcher der liberalen aufständischen Partei 60 Tode und Verwundete kostete. Er dauerte bis zum Abend, wo sich die Insurgenten zerstreuten. Narvaez erklärte sofort Madrid in Belagerungszustand, und ein Kriegsgericht zur Verurtheilung der Verhafteten wurde eingesetzt, welches die Todesurtheile schon begonnen hat. An die Königin wurde eine Ergebnissadresse in Umlauf gesetzt.

Kunst und Literatur.

Hoftheater. Montag, den 16. Mai: **Kunst und Natur.** Lustspiel in vier Akten von Albani.

Das Metternich'sche Erziehungssystem hat sich nicht bloß auf die politische und soziale Welt, sondern auch auf die Bildung der ausführenden Künstler in Oesterreich schädlich verbreitet, so daß wir jetzt von einem Gaste aus jenem Lande kaum verlangen können, in einem solchen Stücke zu spielen, welches neu ist und mit der Zeitanschauung in einigem Zusammenhange steht. Die kaiserliche Zensur unterdrückte derartige Werke mit der frechen, aber geheimen machiavellistischen Herzensbeise des Wiener Regimes: *Basta che siano nuovi per esser cattivi!* und so sind denn neben den meisten Oesterreichern auch die österreichischen Künstler verurtheilt, dem freien geistigen Flammenmeere der neuen Zeit die pedantischen, zopfigen Buderperücken der Vergangenheit entgegenzutragen. So spielt das Drama: „Alt und Neu“ im Großen und im Kleinen, wie es uns in letzterer Weise durch „Natur und Kunst“ gestern zu Theil wurde. Dieses Stück tritt jetzt ohne alle Schuld seines ehemaligen Verfassers mit einer förmlichen Perfidie der Naivität mit lauter Anschauungen und Interessen auf, welche jetzt für ein zivilisirtes Individuum in unerreichbarer Vergangenheit liegen. Es zeugt von Humanität der Direktion, daß sie eine solche Naivität, die noch vor drei Monaten möglich war, nun an einem Abend gibt, wo höchstens dadurch 150 Menschen und nicht 600 bis 800 unglücklich gemacht werden.

Fräulein Herbst spielte die Rolle der Polixena mit vielem Fleiße und einer Gewandtheit, die für ihre künftigen Studien nach dieser Seite hin zu angenehmen Hoffnungen berechtigen. Ihr Talent und

ihre Persönlichkeit scheinen sich für kleine Soubrettenrollen recht wohl zu eignen, namentlich wenn sie sie durch Naivität und Humor noch interessanter und wärmer zu beleben sucht, und die Anforderungen der Rolle so beherrscht, daß mehr die Ueberzeugung und freie Naturbegabung von innen heraus auf den Zuschauer einen fesselnden Eindruck geltend macht.

Uebrigens würde das Stück ohne einen so trefflichen Souffleur, als ihn unsere Bühne besitzt, nicht gut darstellbar gewesen sein; eine Ansicht, der gewiß die meisten Mitspielenden mit praktischer Ueberzeugung beistimmen. D. Alex. Band.

Landwirthschaftliches.

Zeitgemäße Fragen des landwirthschaftl. Provinzialvereins der Mark Brandenburg.

Die diesjährige Versammlung des genannten Vereins findet am 18. und 19. Mai in Berlin statt, Vormittags 10 Uhr im Lokale der Singakademie. Der Vorstand findet die regelmäßige Fortsetzung der Vereinsthätigkeit für die Beförderung der Wohlfahrt des Landes in dieser ereignisvollen Zeit dringender nothwendig, und schlägt folgende zeitgemäße Gegenstände und Fragen zur Diskussion vor:

1) Ob nicht neben einem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ein besonderes Ministerium für den Ackerbau und Landesverbesserungen, mindestens doch in jenem Ministerium für Handel u. eine längst vermifste besondere Abtheilung für Ackerbau u. einzurichten und wie weit deren Wirkungskreis auszudehnen sei? So sehr sich auch in Folge der großen preussischen Landeskulturgesetzgebung — der Regulirungs-, Ablösungs- und Gemeinheitstheilungsgesetze — und in Folge der bedeutenden Fortschritte der ländlichen Industrie in Verbindung mit den Naturwissenschaften in manchen Theilen des Landes die Kultur und Produktion gehoben hat, so ist doch fast überall in Bezug auf Urbarmachung durch Ent- und Bewässerung, Eindeichung, innere Kolonisation u. s. w. noch viel zu thun übrig, theils mittelst kräftiger Verwaltungsmaßregeln, theils mittelst Verbesserung und Vervollständigung der Gesetzgebung.

2) Erschiene etwa einem solchen Ministerium und dem Lande gegenüber eine erweiterte Organisation des Landesökonomikollegiums, vielleicht auch eine regelmäßig bestimmte, alljährlich ein- oder mehrere Male wiederkehrende Zuziehung von Abgeordneten der Provinzial- und Zentralvereine wünschenswerth?

3) Wie ist in ihren Hauptzügen die ländliche Gemeinde- und Polizeiverfassung — die Aufhebung der gutsherrlichen Patrimonial- und Polizeigerichtsbarkeit —, wie insbesondere das Verhältniß der Ritterguts- und anderer großen Grundbesitzer zu den Ortsgemeinden — unter Voraussetzung gleichmäßiger Uebertragung der Kommunal-lasten — am besten zu ordnen?

4) Welche Art und Weise der Vorbereitung und Einrichtung von Grundsteuerkatastern würde für den Fall der Aufhebung von Steuerbefreiungen nach den Besitzverhältnissen als die einfachste und zweckmäßigste erscheinen, Barzellat- oder Gesamtbefreiung, etwa nur nach den verschiedenen Klassen und Arten der Grundstücke gesondert, und welche einfache Mittel zur Abschätzung der Grundstücke behufs ihrer Besteuerung lassen sich vorschlagen?

5) Ueber die Lage der Tagelöhner und ländlichen Arbeiter, sowohl in gutsherrlichen, als in Bauernwohnungen, unter Vorlegung spezieller Berechnungen, wie über die Mittel, dieselben überall an Heimath und Ordnung zu fesseln und für die ihnen beigelegten politischen Berechtigungen heranzubilden.

6) Sind die Domänen, gleichzeitig im Interesse des Staates, wie der Volkswohlfahrt, durch veränderte Art der Verpachtung und Benutzung im Großen und im Kleinen durch Kolonisation oder sonst nutzbarer zu machen?

7) Welche Grundsätze sind bei Ablösung der Jagdrechte als passend und billig, oder welche Mittel zur schnellen und sichern Befristung des Wildschadens vorzuschlagen? Welche Einrichtungen sind nach der Ablösung der Jagdrechte zu treffen, um polizeilichen Unordnungen vorzubeugen?

Feuilleton.

* Louis Blanc, der blane Arbeitstheoretiker, ist in der Nationalversammlung mit seinen fabelhaften Plänen von dem Uhrmachergehilfen Brussin schlagend heimgeführt. Doch war Brussin noch so milde, zu sagen: Der Luxemburgkomité, deren Präsident Louis Blanc, verdiene mit seinem guten Willen keinen Tadel; denn um Tadel zu verdienen, müsse man handeln, und er habe gar Nichts gethan. Auf seinen Antrag wurden Untersuchungskommissionen für die Prüfung der Arbeiterverhältnisse beschlossen; dem guten Louis Blanc wandte sich manches ironische Lächeln zu, und er ist mit seinen Eldoradoplänen durch die Einsicht der Arbeiter selbst beseitigt.

* In vielen Theilen Schlesiens herrscht jetzt vollständige Anarchie. Die Bauern gehen auf die Speicher der Gutsherren und machen, was ihnen gut dünkt, ja, sie machen gar schiefe Gesichter und lachen es nicht, wenn der Gutsherr von seinem eigenen Speicher Etwas holen will. Alles Eigenthum ist dort in Frage gestellt, und die galizischen Zustände rücken täglich näher heran. Und während solche Lage in den Provinzen herrscht, beschäftigen sich die Minister mit zäralicher Sorgfalt für die Zurückberufung des Prinzen von Preußen und lassen einen Pressprozeß wegen Wortangriffe auf ihre eigene Person führen.

* Im Salzburgerischen sind die Wahlen nach Frankfurt ganz schwarz-gelb ausgefallen, lauter kaiserlich-königliche Beamte, lauter Vertreter von Metternich, kein einziger unabhängiger Mann, der dem Volke irgend eine Garantie als Vertreter bietet.

* Bei dem ungemeinen Geldmangel, der das preussische Ministerium bedrückt, ist es unbegreiflich, warum man nicht in den höhern Stellen der Armee Gehaltersparungen eintreten läßt. Im Gegentheil vermehrt man die höchst überflüssige große Zahl der Stabs-offiziere durch neue Avancements, statt eine vernünftige Minderung dieser Sinecurenstellen und der militärischen Bureaokratie vorzunehmen. Ebenso wenig wendet man ein so nahe liegendes Verfahren im Zivildienste an. Der frühere Minister Werther, der eigentlich nie ein Portefeuille besaß, bezieht z. B. seit einer langen Reihe von Jahren noch fortwährend einen Ruhegehalt von 18,000 Thlr. Diese Vergeudung von Volksmitteln ist für jede Zeit unverantwortlich, und bei den jetzigen Zuständen ein Verbrechen gegen das Volk, und es ist sehr bezeichnend, daß noch keiner der abgegangenen Minister nur einen Groschen auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt hat. Diese Herren sind weder bereit, ihr Herzblut, noch ihren Geldsack dem Vaterlande zu weihen.

* Es ist sehr bemerkenswerth, wie lärglich und hausälterisch die Regierungen bis jetzt die Diäten für die Volksvertreter beim deutschen Parlament festgesetzt haben, Baiern giebt 5 fl. rhein., Oesterreich 5 fl. K.-M., Preußen 3 Rthlr.; Summen, welche in dem theuern Frankfurt kaum zum täglichen Bedarfe ausreichen: von irgend einer Entschädigung Deter, welche zu Hause ihre Geschäfte mit großen Verlusten vernachlässigen müssen, von einer Besteuer für den Bedarf ihrer Familie, welche den Ernährer so lange entbehrt, kann bei solchen Diäten nicht die Rede sein. Die Staatsbeamten, deren Gehalte fortgehen, die Wohlhabenden können sich zwar diese Besoldung gefallen lassen, aber die Uebrigen bringen schwere Opfer. Diese über-sparsamen Diäten für Männer, welche Deutschland einen größern Dienst leisten sollen, als seit einem Menschenalter alle Fürsten, Minister und Diplomaten geleistet haben, sind eine Art Zensur, welcher auf der Wahl ruht. Und es ist wohl zu merken: diese Sparsamkeit, welche den Vertretern des Volkes ihr täglich Brot mit spitzem Finger zumißt, ist den Regierungen noch nie eingefallen, wenn es galt, Diplomaten, Gesandte, Mitglieder des Bundestags u. zu besolden; für diese Vertreter der Fürsten zahlte man nur mit vollem Griffe in den Beutel des Volkes; unter sechs- bis zehn- bis achtzehntausend Thaler jährlich konnte man einem loialen treuen Diener nicht bieten; ungerechnet die hohen fortlaufenden Pensionen.

* Es geht doch Nichts über die diplomatische Frechheit. In dem Warschauer Tageblatte stand vor wenigen Tagen, daß der Premierminister Metternich von seiner Reise nach London nach Wien zurückgekehrt und mit allgemeinem Jubel dort empfangen sei.

* Paul Pfizer (Minister) schloß seine Rede an seine Wähler beim Abgange nach Frankfurt mit den Worten: „Ein deutscher

Völkerbund wird an die Stelle eines Bundes der Regierungen treten und Deutschlands Namen wieder Klang und Geltung schaffen, wenn jeder Deutsche, sei er Schwabe, Oesterreicher, Bayer, Sächse oder Preuße, sich bewußt bleibt, daß er vor Allem Deutscher ist, wenn alle deutschen Völker in dem Rufe und Loosungsworte sich einigen: Deutschland, der neue deutsche Bund für immer! Diese gleichmüthige Erhebung für die deutsche Sache, für die deutsche Einheit wird aber nur erfolgen, wenn die künftige Verfassung des deutschen Bundes aus dem freien Willen des Volkes hervorgeht, und wenn sowohl die Gesetzgebung selbst, als auch die bindende Ueberwachung des Gesetzes in der Demokratie, im Volksparlament allein beruht.

* Unter dem neuen württembergischen Ministerium scheint endlich dem Pietismus und Mistizismus, welche unter Schlayer ihre Pflege fanden, der Boden verkümmert zu werden. Wenn dieses Bildungsglied des Adels und der Ultrakatholiken fällt, so wird die Reaktion, welche in Baden in vollständiger Herrschaft ist, in Württemberg keinen Halt gewinnen können.

* Sonst hielten sich die römischen Kardinäle bei Volksunruhen eine besondere zahlreiche Dienstwache in ihren Palästen, sie bewaffneten das niedere, von den Reichstühlen abhängige Volk und fanatisirten dasselbe, gegen die vernünftigen Leute ihre Messer zu zucken. Jetzt hat sich's gar wunderbar geändert: alle übelangeschriebenen Kardinäle jenes alten Schlags (Bernetti, Vanucelli u.) werden nun vom Volke, das jetzt in Masse vernünftig geworden, aufs sorgsamste in ihren Wohnungen bewacht, nicht, wie früher, zum Schutze, sondern als Gefangene, als dem Gemeinwohl schädliche Menschen.

Verantwortliche Redaktion: Prof. Karl Biedermann.

In dessen Stellvertretung: Dr. S. Schletter.

Ortskaleuder von Dresden.

Im Monat April 1848 haben das Bürgerrecht erhalten:

Bergmann, Joh. Karl, a. Kropfen, Schneidermeister.
 Biembs, Frdr. Otto, von hier, Fischhändler.
 Caspari, Conrad, a. Leipzig, Gastwirth.
 Glasche, Joh. Christoph, a. Fürstenaub., Hausbesitzer.
 Franke, Alex. Frdr., von hier, Steinbrucker.
 Freitag, Frdr. Christn., a. Rastach, Schneidermeister.
 Gneuß, Joh. Christiane, Wittwe, Schankwirthin.
 Hahn, Amalie Aug., Wittwe, Hausbesitzerin.
 Hellig, Karl Aug. Chreg., a. Döbeln, Schneidermeister.
 Holling, Christine, Friederike, Wittwe, Hausbesitzerin.
 Jacobi, Selig, von hier, Pappwaarenderverfertiger.
 Jensch, Heinrich Julius, von hier, Ploßbader.
 Jllig, Karl Julius, von hier, Hausbesitzer.
 Jlling, Wih. Adolph, von hier, Schneidermeister.
 Kaiser, Karl Robert, von hier, Schneidermeister.
 Knieling, Joseph Aloys, von hier, Hausbesitzer.
 Kunze, Karl Frdr., von hier, Hausbesitzer.
 Liebe, Heinrich Otto, von hier, Schneidermeister.
 v. Linnenseid, Karl David Christoph, Rittmstr. a. D., Hausbesitzer.
 Edler, Friederike Adolphine, Wittwe, Hausbesitzerin.
 Mehner, Joh. Christiane, v. r. d. H., Hausbesitzerin.
 v. Neigradt, Jacob Frdr. Rudolph, R. S. Kammerherr, Hausbesitzer.
 Pause, Frdr. Wih., a. Waldheim, Schneidermeister.
 Poppiß, Karl Glob., a. Wiederau, Schneidermeister.
 Probst, Amalie Henr., Wittwe, Hausbesitzerin.
 Rosberg, Christn. Glob., von hier, Fleischer.
 Rottmann, Joh. Franz Heinrich, von hier, Schneidermeister.
 Sauppe, Friederike Wih., verehel., Hausbesitzerin.
 Schmidt, Karl Frdr., a. Freiberg, Hausbesitzer.
 Schlewig, Christn. Theodor, von hier, Conditior.
 Schulze, Karl Frdr., a. Dittendorf, Goldschläger.
 Sommerbrodt, Louis Frdr., a. Groß-Glogau, Hausbesitzer.
 Voigtländer, Bertha, verehel., Pappwaarendehandlerin.
 Wacker, Joh. Christn., a. Urbach, Schmidt.
 Weiß, Julius Furchteg., von hier, Wand- u. Zwirnhändler.
 Wohlgeh, Ernst Karl, von hier, Seifenseber.
 Zschische, Karl Glob., a. Schandau, Schneidermeister.

Bürgerrechts-Vorbehalte:

v. Ficks, Joh. Theodore Louise, Baronin, Wittwe, geb. Adlpe, Freiin Eimburger von Ehrenfels, dormalen in Berlin.
 Geipel, Joh. Adam, dormalen Grundstücksbesitzer in Döbeln.

Kirchennachrichten.

Freitag, den 19. Mai.
Kreuzkirche: Früh 7 Uhr predigt Herr Diac. M. Lange.

Theater.

Donnerstag, den 18. Mai.

Königliches Hoftheater.

Unbestimmt.

Commertheater auf Neiseviß Garten.

Zum zweiten Male:

Der Pariser Lumpensammler.

Schauspiel in fünf Acten. Nebst einem Vorspiel.

Anfang um 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag: Einmalhunderttausend Thaler. Pöffe.

Wasserstand der Elbe.

Mittwoch Mittag: 1° 14' unter 0.

Auctionen.

Freitag den 19. u. Sonnabend den 20. Mai, Nachmittags von 9 Uhr an, gr. Frauengasse Nr. 18, dritte Etage: Handschuhmacherwaaren, Mobilien u. Effecten.

Gemeinnützige Anstalten, Sehenswürdigkeiten u.:

Königliche Bibliothek, im Japanischen Palais, Vormittag von 9 bis 1 Uhr zum Gebrauch. Umherführen der Fremden: von 11 bis 1 Uhr; Anmeldung dazu: eine Stunde vorher.
Gemäldegalerie, am Neumarkt, Vormittag von 9 bis 1 Uhr, freier Eintritt.
Grünes Gewölbe, im königl. Schlosse, Vor- und Nachmittag; Einlaß gegen Karten zu 2 Thlr. für 6 Personen.

Bibliothek der chirurgisch-medizinischen Akademie, am Zeughausplatz, Vormittag von 9 bis 11 Uhr.

Museum für vaterländische Alterthümer, im Palais des großen Gartens; Eintritt gegen Karten, welche bei dem Herrn Inspector Nordhus, an der Elbe Nr. 22, zu haben sind.

Literarisches Museum, Ecke der Schloß- und Rosmaringasse. Eingang: Rosmaringasse: Nr. 8, 1. Tr. Durch Mitglieder eingeführten Fremden steht einmaliger Zutritt frei; eine Wochenkarte: 10 Ngr.; eine Monatskarte: 1 Thlr. Zutritt: von früh 8 bis Abends 10 Uhr.

Vereinsinstitut von G. Karl Wagner für wissenschaftliche und belletristische Zeitschriften u. Anmeldung und Prospecte: Expedition: Lokal Feldgasse Nr. 1 und Gottschalk's Buchhandlung am Jüdenhofe.

Verein für Arbeiter- und Arbeitsnachweisung. Die Expedition befindet sich: Ansonsplass Nr. 6.

Chinafilber-Waaren eigener solider Fabrication von Oscar Fortbrann, Wilsdruffer Gasse Nr. 46.

Reisegelegenheiten:

Leipzig-Dresdner Eisenbahn. Postzüge früh 6, Mittags 1 und Abends 5 Uhr; Pachtzüge Vormittag 10 und Abends 7 Uhr.

Sächsisch-Schlesische Eisenbahn. Täglich früh 6, Vormittags 10, Mittag 1/2 und Abends 5 Uhr.

S. sächsische Dampfschiffahrt. Täglich früh 6 Uhr nach allen Stationen der sächs. u. böhmischen Schweiz, Auisig (Teplic), Leitmeritz u. Prag. Täglich Nachmittags 2 Uhr nach Pillnitz bis Schandau.

Dampfschiff Telegraph. Täglich, mit Ausnahme Dienstags, früh 9 Uhr und Nachmittags 1/2 7 Uhr nach Weissen.

S. L. Dampfschiffahrt. Täglich von Dresden nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, Tetschen, Auisig (Teplic), Leitmeritz, Melnik, Dristow und Prag.

Bäder:

Alberts-Bad. Ostta. Allee Nr. 25: Dampf- und Wasserbäder.
Brunnen-Bad. Eingang: Annengasse Nr. 19 ober Eilengasse.
Josephinen-Bad. Neuegasse Nr. 16: Warme Wasserbäder.
Marie-Bad. Auisig rompische Gasse Nr. 19: Warme Wasserbäder.
Russische Dampfbäder. Große Frohngasse Nr. 21: von früh bis Abends.
Stadt-Bad. Badergasse Nr. 30: Warme Wasserbäder.

Den 17. Mai bis Mittag in Dresden angekommen Reisende.

Albrecht, Kaufm. v. Weida, St. Wien.
Andree, Bergdirect., u. Schwesl., v. Buttschin, St. Leipzig.
v. d. Becke, Rgutsbes. v. Ammelsbain, Kronpr.
Benemann, Gangleidir. v. Halle, Hamb. Haus.
Buttig, Amtswachtmstr., m. Fam., v. Zwickau, Kronprinz.
Coolidge, Rent. n. Dienersch., v. Boston, St. Rom.
Dolewska, Fr., Eigenth. v. Galizien, H. de France.
v. Diepenbrock, Freih., Fürstbischof, n. Gefolge, v. Breslau, St. Leipzig.
Ebert, Dr., D. L. G. Asses. v. Breslau, Pot. de France.
Einwald, Factot v. Bernsdorf, Pot. du Rhin.
Eisenmann, Kaufm. v. Pforzheim, St. Gotha.
Fischer, Fräul., v. Prieschka, Kronpr.
Förster, Polizeidistrictscommiss. v. Görlitz, Pot. du Rhin.
Franke, Kaufm. v. Berlin, H. Rauchhaus.
Frenzel, Maler v. Erfurt, gr. Rauchhaus.
Gersach, Kaufm. v. Leipzig, St. Gotha.
Graf, Partic. v. Wien, Pot. de France.
Haltaus, Profess. v. Leipzig, St. Leipzig.

Hauße, Amrsinsp. v. Kaufm., St. Leipzig.
Hartmann, Kaufm. v. Berlin, Hamb. Haus.
Hecker, cand. theol. v. Grünbain, H. Rauch.
Jungl, Kaufm., m. Fam., v. Bremen, St. Berl.
Karuth, Kaufm., u. Fr., v. Breslau, St. Gotha.
Kirchberger, Partic. v. Tetschen, St. Rom.
Kising, Restaurat. v. Leipzig, St. Leipzig.
Klein, Rentier v. Auisig, St. Rom.
Königl, Oberingen. v. Berlin, Pot. de Saxe.
Landsmann, Banquier v. Teplic, roth. Hirsch.
Lehmann, Decon. v. Wenzendorf, Kronpr.
Lippe, Bergacadem. v. Freiberg, H. Rauch.
Magnus, Kaufm. v. Elberfeld, Hamb. Haus.
v. Marschall, Fr., Gräfin, v. Moritzburg, St. Wien.
Müller, Kaufm. v. Chemnitz, Kronpr.
Ratzebohm, Asses. v. Berlin, Pot. de Saxe.
Ostwald, Kaufm. v. Berlin, Pot. de France.
Paul, Kaufm. v. Hamburg, St. Gotha.
Planer, Avvoc. v. Schneeberg, Hamb. Haus.
Ploß, Pastor v. Stadt-Wehlen, roth. Hirsch.
v. Poniatowski, Graf, Gutsbes., m. Fam., v. Warschau, Pot. de France.
Ratowski, Lieutn. v. Paris, Kronpr.

Reitter, Beamt. v. Prag, St. Berlin.
Riedel, Hndlgcomm. v. Raumburg a. S., H. H. H. H.
Riediker, Kaufm. v. Chemnitz, St. Rom.
Rohban, Privat. v. Frankfurt a. M., St. Berl.
v. Scheffel, k. russ. Staatsrath v. Petersburg, Pot. de Saxe.
Schmid, Bergacad. v. Freiberg, H. Rauch.
Schneider, Bildhauer v. Freiberg, gr. Rauch.
Schubmacher, Kaufm. v. Pforzheim, St. Gotha.
v. Sierzdorf, Graf, Rgutsbes. v. Breslau, Pot. de Saxe.
Spietendorf, Rentant v. Magdeburg, H. du Rhin.
v. Stepanow, Obrist v. Petersburg, H. de Saxe.
Stürmer, Partic. v. Prag, St. Rom.
Thieme, Reg. Adv. v. Leipzig, Pot. de France.
Thum, Fabrik. v. Ebbau, gr. Rauch.
Thymann, Diacon., u. Fr., v. Freiberg, Kronpr.
Weichert, Conduct. v. Magdeburg, Pot. du Rhin.
Weißlein, Kaufm. v. Königsberg, roth. Hirsch.
Wetschka, Rentier v. Auisig, St. Rom.
Wex, Kaufm. v. Chemnitz, St. Rom.
Wille, Frau, v. Bremen, St. Berlin.

Bekanntmachung.

Bei dem nächst bevorstehenden Abgange einiger Schüler von mir suche ich baldigst andere. — Auch beginnt in Kürzem eine neue Reihe von Vorträgen über Deutsche Geschichte und Literatur, wozu Anmeldungen noch angenommen werden.

Der Privatgelehrte **G. Dittich-Fabricius**,
Kleine Plauenische Gasse Nr. 20 eine Tr.

Eine gut möblierte Stube nebst Kammer, sogleich beziehbar:
Auisig Pirnaische Gasse Nr. 19.

Sommer-Verkaufpflanzen.

das Schock 5 Ngr.; diverse Sommerblumen, das Schock 4 Ngr.; Tuberosen, wohlriechende, das Stück 3 Ngr.; Wand-derblumen, wohlriechende, das Stück 1 Ngr., 12 Stück 10 Ngr.; Gladioluszwiebeln, das Stück 1 Ngr.; Ranunkeln, gefüllte bunte, 12 Stück 4 Ngr., 100 Stück 20 Ngr.;

Pracht-Georginen in Töpfen,

das Stück 5 Ngr., 12 Stück 1 Thlr. 15 Ngr.
Im Blumen- und Samengewölbe am Neumarkt, sowie Antonstadt, böhmische Gasse Nr. 16 bei **E. W. Wagner**.



Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung unserer Actionaire wird
am Montag 29. Mai im Börsenhaussaale, Nachmittags 4 Uhr,

stattfinden. Besondere Gegenstände der Verhandlung werden sein:

- Beschluß über die Erwerbung der Königl. Sächsischen Concession zur Ausführung der Verbindungsbahnstrecke zwischen unserer Zweigbahn und der Leipzig-Dressdener Bahn;
- nochmalige Erwägung einiger der, in der vorjährigen Generalversammlung beschlossenen, von dem Königl. Hohen Ministerium noch nicht genehmigten Abänderungen des Gesellschaftsstatuts.

Das Nähere über beide Angelegenheiten, namentlich die speciellen Bedingungen der ad a. gedachten Concession, wird der auszutheilende Geschäftsbericht enthalten.

Die Inhaber unserer Gesellschafts-Actien A. und B., sowie der Interimsquittungen über die zu letztern geleisteten Einzahlungen werden ersucht,

gemäß Bestimmung §. 28 des Statuts in den Tagen vom 22. bis incl. 27. Mai, Vormittags zwischen 10—12 und Nachmittags zwischen 3—5 Uhr ihre Actien und resp. Interimsquittungen, nebst einem nach der Nummernfolge geordneten und unterschriebenen Verzeichnisse, in unserm Hauptbureau (am Askaniischen Plage Nr. 6, 1 Treppe) niederzulegen.

Dasselbst wird das Verzeichniß zurückbehalten und dagegen eine Bescheinigung über die Stimmzahl des Inhabers, welche als Einlaßkarte zur Generalversammlung dient, sowie ein Exemplar des Geschäftsberichts, ausgehändigt werden.

Die Vertreter stimmberechtigter Actionaire, welche statutarisch selbst Mitglieder der Gesellschaft sein müssen, haben ihre beglaubten Vollmachten ebenfalls im Hauptbureau niederzulegen.

Nichterscheinende Actionaire sind den Beschlüssen der Anwesenden unterworfen.

Besondere Anträge einzelner Actionaire müssen, nach §. 32 des Statuts, spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung dem unterzeichneten Vorsitzenden des Verwaltungsraths schriftlich mitgetheilt werden.

Berlin, den 30. April 1848.

Der Verwaltungs-Rath der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft.

(Vors.) S. C. Karl, Vorsitzender.

Zur Wahlangelegenheit der Fremden in Sachsen.

Da Herr Advocat Blöde in Neustadt-Dresden nicht zum Abgeordneten nach Frankfurt erwählt wurde, so wird vom Comité des Fremdenvereins mit Verzichtung auf die frühern Anträge derselbe vorzugsweise als Candidat für die Wahl der deutschen Fremden nach Frankfurt in Vorschlag gebracht. Man hofft durch diesen geachteten und erprobten Mann unter allen Ständen der Fremdenvereine die Stimmen auf eine sehr entschiedene Majorität hinzuzuführen, welche bei den Verhältnissen der beabsichtigten Wahl, namentlich auch für die Provinzialstädte als wünschenswerthe Grundbedingung erforderlich ist.

Dresden, den 16. Mai 1848.

Der provisorische Ausschuß des Fremdenvereins.

In der Arnoldischen Buchhandlung ist soeben erschienen:

„Aus der Hölle heraus!“

Krieg oder Frieden mit Frankreich? Der Krieg der Armen und Reichen, die Geldmacht und ihr Sturz. Dem deutschen Volke und den Wählern zum deutschen Parlament zugeeignet.

Von

Dr. C. d. B e h s e.

8. brosch. 15 Ngr.

Diese Broschüre bespricht auf Grundlage der Geschichte in populärer Uebersichtlichkeit die Hauptfragen des Tages aus dem Gesichtspunkte der inneren und äußeren Politik, aus dem socialen und finanziellen Standpunkte. Sie bespricht namentlich die diplomatische Stellung zu Frankreich, die französische Republik und den französischen Communismus; die Arbeiternoth in Deutschland, den Stand der Revolution in Deutschland, die Aufgabe des deutschen Parlaments, die Fragen über Republik, constitutionelle Monarchie, ruhigen Fortschritt, breiteste demokratische Basis; die Adelsfrage; das System der heiligen Allianz und der Geldmacht, die Mobilmachung der Truppen, endlich die Abhülfe des deutschen politischen und finanziellen Nothstands durch Tilgung der Staatsschulden und Reduction der stehenden Heere.

Reisegelegenheit

täglich über Altenberg nach Teplitz: Breitengasse, Ritterhof.

C. G. V.

Heute Abend halb 8 Uhr, im Gartensalon der Harmonie, innere Pirn. Gasse Nr. 6.

Wilsdruffer Gasse Nr. 28 ist in der dritten Etage ein Zimmer mit Schlafkabinet gut meublirt vom 1. Juni an zu vermietthen. Näheres daselbst.

Ich bedauere, daß ich der Erste sein muß, der die gewiß so humane als moralische Andeutung eines Auffages im hiesigen Anzeiger in Anwendung zu bringen mich genöthigt sehe.

Im September vorigen Jahres habe ich für Herrn Dr. Schl..... einen Burnus umgearbeitet und sollte derselbe mit Pelz gefüttert werden; ich bemerkte dabei, daß ich nicht vermöge die Kürschnerrechnung zu verlegen, indem mein Reingewinn nur auf ein paar Groschen beruhte. Herr Dr. Schl..... hat mich aber, ich solle es nur möglich zu machen suchen, er würde mir das Geld baldigst zustellen. Meine Forderung beträgt nebst Posamentier- und andern Verlagen 3 Thlr. 15 Ngr., die des Herrn Kürschnermeister Raschke, welcher die Ausfütterung besorgte, 14 Thlr. 15 Ngr. Nach vielen vergeblichen Mahnungen war ich genöthigt, gegen Dr. Schl..... am 25. April dieses Jahres bei hiesigem Justizamt klagbar zu werden, der Termin war auf heute festgestellt, und ich erfahre soeben im Amte, daß vom Verklagten auf Verlegung des Termins angetragen ist. — Wann werde ich nun wohl das Geld erhalten?

Dresden, den 17. Mai 1848.

Sch....